

ANTWORT

AUF AKTUELLE FRAGEN

Wie stark ist die Opposition in Westdeutschland?

Aus Westdeutschland kommen in diesen Tagen und Wochen höchst widersprüchliche Nachrichten.

Einerseits verfolgt gewiß jeder von uns voller Anteilnahme und Sympathie die wachsende Aktivität und den mutigen Kampf der Gewerkschafter, der jungen Arbeiter und Studenten, der Bauern und der Professoren, der Schüler und auch vieler Geistlicher gegen Meinungsterror und Diktaturgesetze, für Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Jeder begrüßt die Herausbildung einer vielgestaltigen außerparlamentarischen Opposition, wie es sie seit mehr als einem Jahrzehnt in der Bundesrepublik nicht, gegeben hat, als hoffnungsvolles Zeichen.

Zum anderen müssen wir mit Sorge und Empörung erleben, daß sich unter der Regierung

der Großen Koalition der Neonazismus rapide wie nie ausbreitet, daß Rüstungswahn und

Staatsmonopolistische Formierung und Expansionspolitik

Alles das ist Ausdruck der wachsenden Widersprüche des staatsmonopolistischen Systems in der Bundesrepublik. Wie stets in der Geschichte des Imperialismus suchen die herrschenden Kreise den Ausweg aus ihren inneren Widersprüchen in verschärfter Unterdrückung des eigenen Volkes und im Griff über die Grenzen. Im Bericht des Politbüros an das 4. Plenum des ZK sagte Genosse Kurt Hager: „Die Entwicklung der Bundesrepublik unter der Kiesinger/Strauß-Regierung hat die Feststellung des VII. Parteitages voll bestätigt, daß der westdeutsche Imperialismus die Periode seiner Restauration beendet hat und

Revanchegeist auf die Spitze getrieben, daß Andersdenkende zusammengeprügelt, ja, zusammengeschossen werden. Und mit der Unterstützung sozialdemokratischer Führer wurden der Bevölkerung eben erst trotz aller Proteste jene folgenschweren Diktaturgesetze aufgezwungen, die im Innern alle Voraussetzungen für gefährliche Kriegsakte nach außen schaffen sollen.

Wo ist der Generalnenner für alle diese Vorgänge? Wie soll man sie einschätzen?

in eine Periode der weiteren Formierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und einer forcierten Expansion eingetreten ist.“

Die Bonner Politik vollzieht sich — so sehr Willy Brandt das auftragsgemäß fortzulächeln sucht — voll und ganz nach dem Konzept, das Franz Josef Strauß in seinem „Entwurf für Europa“ niedergelegt hat. Es geht der westdeutschen Hochfinanz darum, auf der Grundlage der Vorherrschaft in Westeuropa ihre Anstrengungen zur Unterminierung und Aufspaltung der sozialistischen Länder zu verstärken, um zu einem günstigen Zeitpunkt die eigenen Revancheziele im Rahmen